ZH Landzeitungen

Gemeinden sollen das Sagen haben

INITIATIVE Ein Komitee hat 7311 Unterschriften gegen den Vorschlag des Regierungsrates zum Mehrwertausgleich gesammelt. Die Forderung: Bei Um- und Aufzonungen sollen die Gemeinden entscheiden.

Mit Ein- oder Umzonungen gewinnen Grundstücke viel an Wert. Der Bund will deshalb, dass Investoren künftig bei Einzonungen mindestens 20 Prozent des Mehrwertes an den Staat abliefern. So soll verhindert werden, dass Private bei Bauprojekten nur Vorteile erzielen, die öffentliche Hand aber die Mehrkosten tragen muss, etwa weil Strassen und Schulen nötig werden.

Keine Vorgabe macht der Bund hingegen bei Um- und Aufzonungen. Die Kantone sollen selbst entscheiden, ob sie auch dort einen Teil des Mehrwertes abschöpfen wollen und wenn ja, wie viel. Der Zürcher Regierungsrat teilte im Februar mit, wie er sich diese Abgabe vorstellt: «pragmatisch» und vergleichsweise tief. Bei den Einzonungen soll es beim Bundesminimum von 20 Prozent bleiben.

Bei Um- und Aufzonungen soll der Ausgleich für die Gemeinden sogar maximal 15 Prozent betragen. Weitere fünf Prozent sollen in einen kantonalen Fonds fliessen. Mit diesem Geld soll ein gemeindeübergreifender Ausgleich finanziert werden.

Mehrere Städte und linke Kreise kritisierten, dass der Regierungsrat den Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzonungen so tief ansetzt – also von Investoren vergleichsweise wenig Geld sehen will. Ein linkes Komitee, dem AL, SP, Mieterverband, Grüne sowie Wohnbaugenossenschaften angehören, will die Umsetzung der regierungsrätlichen Vorlage verhindern. Sie verlangen in einer Initiative, dass die Gemeinden selber über die Höhe des Mehrwertausgleichs bei Um- und Aufzonungen entscheiden können. *sda*